

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Wien, Sonntag, 19. Dezember 1920.

---

Keine Weihnachtsaushilfe für die städt. Angestellten. Der Verband der Angestellten der Stadt Wien hat vor einigen Tagen der Gemeindeverwaltung die Forderung vorgelegt, dass den in dieser Organisation vereinigten rund 25 000 städt. Angestellten noch vor Weihnachten eine einmalige Aushilfe oder ein genereller Vorschuss von 6000 K bewilligt werde. Diese Zuwendung würde einen Betrag von rund 150 Millionen erfordern. Im Zuge der Verhandlungen erklärten sich die Vertreter der Angestellten bereit, sich mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage der Gemeinde Wien auch mit einem bedeutend geringeren Betrage zufrieden zu geben. Da aber auch hierfür die Mittel der Gemeinde nicht zur Verfügung stehen musste die Hilfe der Regierung angerufen werden. Infolgedessen begab sich am Samstag abends eine Vertretung der Gemeinde Wien unter Führung des Bürgermeisters zum Bundesminister für Finanzen und trug ihm den Wunsch der städt. Angestellten vor, sowie die Schwierigkeiten, die sich hieraus für die Gemeindeverwaltung ergeben. Der Minister anerkannte die Notlage der Angestellten, erklärte aber trotz 1½ stündiger Erörterung der Angelegenheit, dass die Regierung nicht in der Lage sei, die gewünschte Hilfe zu leisten, da die derzeitigen Kassabestände sowie die Aussichten für die Zukunft eine weitere Erhöhung sowohl der Personalausgaben für den Staat als auch der Beitragsleistungen für die Länder unmöglich mache.

---